



# **Stiftung Geld und Währung**

im

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

**Bericht für das Jahr 2010**

## **Inhaltsverzeichnis**

A. Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	3
I. Errichtung, Stiftungsvermögen, Stiftungszweck	3
II. Steuerliche Verhältnisse	3
III. Organe	3
B. Geschäftsführung	6
I. Stiftungsrat	6
II. Vorstand	7
III. Fördermaßnahmen	7
C. Vermögen	14
D. Einnahmen / Ausgaben	15
I. Einnahmen	15
II. Ausgaben	15
III. Zuweisung in das Stiftungsvermögen	20
IV. Zuweisung in die Rücklagen	20
E. Rücklagen für satzungsgemäße Zwecke	21

### Anlagen

- Ein-/Ausgabenrechnung für 2010	Anlage 1
- Vermögensübersicht zum 31.12.2010	Anlage 2
- Übersicht Rücklagen / Zuführung zum Stiftungsvermögen 2010	Anlage 3

## **A. Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen**

### **I. Errichtung, Stiftungsvermögen, Stiftungszweck**

Der Deutsche Bundestag beschloss mit dem Gesetz über die Ausprägung einer 1-DM-Goldmünze und die Errichtung der Stiftung „Geld und Währung“ vom 27. Dezember 2000, dass die Deutsche Bundesbank zur Erinnerung an die Deutsche Mark eine 1-DM-Goldmünze herausgibt. Die Gedenkmünze wurde im Jahr 2001 in den Verkehr gebracht. Vom Nettoerlös flossen 51 Mio. Euro der Stiftung Geld und Währung als Stiftungsvermögen zu.

Die zum 01.01.2002 errichtete Stiftung Geld und Währung ist gemäß § 10 Errichtungsg eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main.

Zweck der Stiftung ist, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Bedeutung stabilen Geldes zu erhalten und zu fördern. Zu diesem Zweck unterstützt die Stiftung die wirtschaftswissenschaftliche und juristische Forschung auf dem Gebiet des Geld- und Währungswesens.

Es gilt die Satzung vom 01. Januar 2002 in der Fassung vom 28.06.2006.

### **II. Steuerliche Verhältnisse**

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist die Stiftung Geld und Währung kein steuerpflichtiges Rechtssubjekt.

### **III. Organe**

Organe der Stiftung sind gemäß § 4 der Stiftungssatzung der Stiftungsrat und der Vorstand.

#### **Stiftungsrat**

Der Stiftungsrat setzt sich aus den in § 15 Abs. 1 Errichtungsg genannten sieben Mitgliedern zusammen, von denen fünf von der Deutschen Bundesbank und zwei vom Bundesministerium der Finanzen bestellt werden. Für jedes Mitglied ist ein Vertreter zu bestellen. Der Stiftungsrat wählt aus seinen Mitgliedern den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Amtszeit der Mitglieder des Stiftungsrates sowie deren Vertreter beträgt vier Jahre. Ihre erneute Bestellung ist zulässig. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, ist für den Rest seiner Amtszeit ein Nachfolger zu bestimmen.

Dem Stiftungsrat gehörten zum 31.12.2010 an:

Mitglieder

Prof. Dr. Hermann Remsperger  
Mitglied des Vorstandes i.R.  
der Deutschen Bundesbank  
(Vorsitzender)

Dr. Markus Kerber  
Abteilungsleiter I  
Bundesministerium der Finanzen  
(stellv. Vorsitzender)

Dr. Rudolf Böhmler  
Mitglied des Vorstandes  
der Deutschen Bundesbank

Prof. Dr. Thomas M.J. Möllers  
Universität Augsburg

Carl-Ludwig Thiele  
Mitglied des Vorstandes  
der Deutschen Bundesbank

Dr. Rolf Wenzel  
Abteilungsleiter VII  
Bundesministerium der Finanzen

Prof. Dr. Jürgen Wolters  
Freie Universität Berlin

Vertreter

Prof. Dr. Wolfgang Bühler  
University of New South Wales

Dr. Matthias Haß  
Leiter der Unterabteilung I A  
Bundesministerium der Finanzen

Dr. Hans Georg Fabritius  
Mitglied des Vorstandes  
der Deutschen Bundesbank i.R..

Bernd Krauskopf  
Leiter des Zentralbereichs Recht  
der Deutschen Bundesbank

Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler  
Vizepräsident  
der Deutschen Bundesbank

Dr. Christian Kastrop  
Leiter der Unterabteilung VII C  
Bundesministerium der Finanzen

Prof. Dr. Helmut Lütkepohl  
European University Institute,  
San Domenico, Italien

Die Amtszeiten enden am 31.12.2013.



Stiftungsvorstand

Der Vorstand besteht aus seinem Vorsitzenden sowie zwei weiteren Vorstandsmitgliedern. Sie werden vom Stiftungsrat mit einer Mehrheit von sechs Siebteln für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Eine Wiederbestellung ist möglich.

Dem Vorstand gehörten am 31.12.2010 an:

Dr. Willy Friedmann  
Bundesbankdirektor i.R.  
(Vorsitzender)  
(Amtszeit bis 31.12.2014)

Dietrich Jahn  
Ministerialdirigent  
(Amtszeit bis 08.12.2015)

Dr. Christoph Keller  
Bundesbankdirektor  
(Amtszeit bis 31.12.2011)

## **B. Geschäftsführung**

### **I. Stiftungsrat**

Der Stiftungsrat beschließt über alle grundsätzlichen Fragen, die in den Aufgabenbereich der Stiftung fallen.

Im Berichtszeitraum traf der Stiftungsrat am 07. Januar, 26. Mai und 09. Dezember 2010 zu einer Sitzung zusammen. Auf diesen Sitzungen sowie im schriftlichen Beschlussverfahren wurde:

- der bisherige Vorsitzende des Stiftungsrates, Herr Professor Remsperger, nach Ablauf seiner ersten Amtszeit bis Ende 2009 wiedergewählt,
- als stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrates Herr Dr. Kerber gewählt,
- der Jahresbericht 2009 festgestellt und der Bericht der Bundesbank 2009 zur Vermögensanlage der Stiftung gebilligt,
- dem Vorstand für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt,
- der Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 genehmigt,
- wie in der Satzung vorgesehen, die jährliche Überprüfung der Anlagerichtlinien vorgenommen. Die Anlagerichtlinien wurden entsprechend der Beschlüsse angepasst.

Außerdem wurden die Erfahrungen mit den laufenden Fördermaßnahmen und die Grundsätze der Förderpolitik der Stiftung diskutiert und bewertet.

## **II. Vorstand**

Der Vorstand vertritt gemäß § 8 der Satzung die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten die Stiftung gemeinschaftlich. Der Vorstand verwaltet die Stiftung und führt ihre Geschäfte nach Maßgabe des Stiftungszwecks sowie der Satzung und der Beschlüsse des Stiftungsrates.

Der Vorstand trifft mindestens jeweils vor einer Stiftungsratssitzung zu einer Sitzung zusammen.

Im Berichtszeitraum fanden Vorstandssitzungen am 29. April und am 19. November 2010 statt.

## **III. Fördermaßnahmen**

Im Berichtsjahr wurden folgende Fördermaßnahmen bewilligt:

AEI Arbeitskreis Europäische Integration e.V., Berlin  
Prof. Dr. Ansgar Belke

Der Arbeitskreis Europäische Integration e.V. (AEI) ist eine interdisziplinäre wissenschaftliche Vereinigung, die sich die Beschäftigung mit Fragen der europäischen Integration und der EU-Entwicklung zum Ziel gesetzt hat. Der AEI versteht sich als das zentrale Forum für die kontinuierliche interdisziplinäre Analyse von Fragen der europäischen Integration und der EU-Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland; er gehört zusammen mit entsprechenden Vereinigungen der anderen EU-Mitgliedsstaaten der European Community Studies Association (ESCA) an. Im Februar 2011 fand eine dreitägige interdisziplinäre Konferenz für junge Wissenschaftler aus den Disziplinen Politikwissenschaften, Ökonomie, Geschichte und Rechtswissenschaften zum Thema „Europe's Post-Crisis Stability – an Interdisciplinary Approach – First German ECSA Young Researcher Conference“ an der Europäischen Akademie in Berlin statt. Konkreter Ausgangspunkt war die Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Stabilität von Europas politischen Systemen, Gesellschaften und Wirtschaftsordnungen in vielfältiger Hinsicht bedroht. Von der Konferenz sollten Anstöße in die einzelnen Fachdisziplinen ausgehen, Phänomene stabiler und instabiler Systeme umfassend zu modellieren und zu untersuchen. Die Konferenz sollte ein regelmäßiges Forum für Nachwuchswissenschaftler auf dem Gebiet der europäischen Integration etablieren und zur Entwicklung und Vernetzung der nachwachsenden Europaforscher beitragen. Die Stiftung unterstützte die Konferenz mit einem Zuschuss von 10.000,00 Euro.



ZEW Zentrum für Europäische Wirtschaftsfragen GmbH, Mannheim  
Dr. Michael Schröder

Die internationale Finanzmarktkrise hat weltweit zu Milliardenverlusten bei Banken geführt. Viele Kreditinstitute konnten nur durch die Hilfe des Staates überleben. Neben den makroökonomischen Gründen, wie beispielsweise die expansive Geldpolitik in den USA und anderen Industrieländern, werden vor allem mikroökonomische Gründe für die Krise verantwortlich gemacht. Vor diesem Hintergrund fand vom 23. bis 24. September 2010 in Mannheim die „3rd ZEW Conference on Financial Integration and Stability: Systemic Risk and Incentives“ statt. Ziel der Konferenz war es, zu untersuchen, inwieweit falsche Anreize für die Finanzmarktkrise verantwortlich sind und zum systemischen Risiko im Finanzsektor beigetragen haben. Sie sollte zudem Aufschluss darüber geben, über welche Transmissionskanäle die Krise vom Finanzsektor auf die Realwirtschaft übertragen wurde. U.a. wurden die folgenden Themenfelder behandelt: „Housing Bubbles, Mortgage Markets, and Household Finance“, „Liquidity“, „Corporate Governance“, „Corporate Finance, Credit Constraints and the Macro Effects of the Crisis“. Die Konferenz wurde mit einer Beihilfe in Höhe von 44.028,00 Euro gefördert.

Ifo Institut für Wirtschaftsforschung  
an der Universität München  
Prof. Dr. Kai Carstensen

Die vergangenen Jahre zeigten deutlich, dass makroökonomische Modelle nur begrenzt in der Lage waren, die Ursachen und Konsequenzen der jüngsten Finanzkrise angemessen abzubilden. Einer der Gründe hierfür ist, dass eine besondere Rolle des Bankensystems bei der Transmission gesamtwirtschaftlicher Schocks bislang meist ausgeschlossen wurde. Auch die Möglichkeit, dass das Bankensystem selbst eine Quelle makroökonomischer Störungen darstellen kann, wurde weitgehend ignoriert. Ziel des Forschungsprojektes „Transmission und Emission makroökonomischer Schocks durch das Bankensystem“ soll sein, die Rolle des Bankensystems bei der Transmission und Emission makroökonomischer Schocks besser zu verstehen, um künftig in der Lage zu sein, Krisen im Finanzsektor möglichst frühzeitig zu erkennen und deren realwirtschaftliche Auswirkungen idealer Weise abmildern zu können. Das Projekt ist auf einen Zeitraum von drei Jahren angelegt und wird mit einer Beihilfe von insgesamt 119.000,00 Euro gefördert.

Humboldt-Universität zu Berlin  
Institut für Gesetzgebung und Verfassung  
Prof. Dr. Michael Kloepfer

Im Frühjahr 2011 fand an der Humboldt-Universität zu Berlin die wissenschaftliche Tagung zum Thema „Staatsbankrott als Rechtsfrage“ statt. Ziel der Tagung war es, die Instrumente zur Bewältigung einer finanziellen Staatskrise auf ihre Möglichkeiten und Grenzen und auch

auf ihre Beziehung untereinander zu diskutieren. Hierfür sollte einmal das solidarische Zusammenwirken in bündischen Systemen (BRD, EU) betrachtet werden. Daneben waren aber auch die (autonomen und souveränen) Krisenbewaltigungsinstrumente und ihre rechtlichen Grenzen Gegenstand der Tagung. Die Tagung wurde mit einem Betrag von 8.650,00 Euro gefördert.

Dr. Sylvia Radtke, Berlin

Die Finanzmarktkrise der Jahre 2007 bis 2009 hat nicht nur die Verflechtung der internationalen Finanzmärkte, sondern auch ihre Fragilität in besonderem Maße deutlich werden lassen. Korrespondierend zur Notlage einzelner Kreditinstitute sowie schließlich des gesamten Finanzsystems mussten die geldpolitischen Rettungsmanahmen der weltweit größten Zentralbanken in den USA, Japan und in der Eurozone bis an die Grenzen des instrumentell Möglichen geführt werden, um die Stabilität des globalen Finanzsystems wiederherzustellen. Die sog. Emergency Liquidity Assistance bildet den Gegenstand der Dissertation von Sylvia Radtke. Sie rührt an elementare Fragen der Zuständigkeitsverteilung innerhalb der europäischen Wahrungsverfassung, die rechtliche Bedeutung des Ziels von Finanzsystemstabilitat neben dem Ziel der Preisniveaustabilität und an die Bedeutung des Beihilfenverbots aufgrund von Art. 107 AEUV. Die Dissertation wurde mit einer Druckbeihilfe in Höhe von 1.280,44 Euro gefördert.

Dipl.-Jur. Marius Thye, B.A., LL.M.oec.  
Bucerius Law School, Lehrstuhl für öffentliches Recht IV, Hamburg

Zur Begrenzung der immer weiter anwachsenden Staatsverschuldung, haben Bundestag und Bundesrat im Frühjahr 2009 im Rahmen der Federalismusreform II eine „Schuldenbremse“ verabschiedet, die im Grundgesetz und auf einfachgesetzlicher Ebene Vorgaben für die Haushaltsführung von Bund und Ländern macht. Die Publikation „Die neue ‚Schuldenbremse‘ im Grundgesetz“ erläutert die Neuregelungen ausführlich und untersucht, ob und wie die Schuldenbremse die Verschuldung der öffentlichen Haushalte tatsächlich eindämmen kann. Im Folgenden werden die Auswirkungen der neuen Regelungen auf grundlegende Prinzipien des deutschen Staatsrechts aufgezeigt. Ferner wird u.a. der Frage nachgegangen, ob die in der Federalismusreform II beschlossenen Konsolidierungszahlungen an einzelne Länder mit dem Grundsatz bundesstaatlicher Gleichheit vereinbar sind. Die Drucklegung wurde mit einem Zuschuss von 1.779,05 Euro gefördert.

Universität Leipzig  
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Prof. Dr. Gunter Schnabl

Die wirtschaftspolitische Diskussion über die Gründe und Behandlung von früheren und künftigen Finanzkrisen war bisher auf die währungs- und fiskalpolitischen Impulse, die



Bereitstellung von Krediten und neuerdings auf die steigende Inflation fokussiert. Während Zinssenkungen und steigende Staatsverschuldung kurzfristige makroökonomische Stabilisierung gewährleisten können, sind die langfristigen Risiken für Finanz-, Preis- und makroökonomische Stabilität zwar breit diskutiert worden, die Ergebnisse blieben aber bisher auf einen theoretischen Rahmen beschränkt. Das Projekt „Monetary Overhangs, Financial Stability and Monetary Policy in a Low Interest Environment – An Overinvestment View“. zielt darauf ab, diese Lücke durch die Analyse der Interdependenz von Finanzstabilität, Preisstabilität und Währungspolitik, basierend auf den Theorien von berinvestitionen und finanzieller Instabilität von Wicksell, Mises, Hayek, Schumpeter, und Minsky, zu schließen. Die Stiftung fördert das Forschungsprojekt, das auf zwei Jahre angelegt ist, mit einem Betrag von insgesamt 73.359,84 Euro.

Dr. jur. habil. Kai v. Lewinski, Berlin

Die Habilitationsschrift „ffentlichrechtliche Insolvenz – Rechtliche Bewaltung finanzieller Krise der öffentlichen Hand“ untersucht die Rolle des (geltenden) Rechts bei der Bewaltung von staatlichen Finanzkrisen, von den haushaltsrechtlichen (Vor-)Fragen bis hin zu der Bewaltung der Euro-Krise und den Problemen des Völker- und des transnationalen Wirtschaftsrechts (internationale Anleihen und Investitionsschutz). Die Stiftung förderte die Veröffentlichung der Habilitationsschrift mit einer Druckbeihilfe in Höhe von 5.058,62 Euro.

Deutsche Gesellschaft für die  
Vereinten Nationen  
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Bonn  
Dr. jur. Michael Lysander Fremuth

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Köln war vom 30. März bis zum 2. April 2011 die Gastgeberin für die Tagung der "Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht" unter der Leitung von Prof. Dr. Stefan Hobe, LL.M. Ziel der Gesellschaft ist die Förderung und Pflege des Völkerrechts, des internationalen Privatrechts und anderer Zweige des internationalen Rechts. Sie vereinigt in diesen Rechtsgebieten ausgewiesene Theoretiker und Praktiker zu gemeinsamer wissenschaftlicher Arbeit und veranstaltet in einem Turnus von zwei Jahren stattfindende Tagungen. Im Fokus stehen zum einen die Auswirkungen der Finanzkrise auf das Völkerrecht und zum anderen die Beeinflussung des Völkerrechts durch die Lehre. Ca. 250 Wissenschaftler aus Deutschland, Österreich und der Schweiz widmeten sich Fragen, wie „Kann der Internationale Währungsfonds zu einer globalen Weltzentralbank umgebaut werden?“, „Welche Regeln kann man international den Rating-Agenturen auferlegen, um Spekulationen zu unterbinden, die Staaten, wie Griechenland in den Beinahe-Bankrott geführt haben“ und „Welche Rolle kann und will die G8 als Zusammenschluss der führenden Wirtschaftsnationen spielen?“ Die Stiftung unterstützte die Tagung mit einer Beihilfe von 5.000,00 Euro.



Bereits in den Vorjahren bewilligte laufende Fördermaßnahmen:

Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS), Frankfurt

Am 03. Juni 2004 wurde der durch die Universität Frankfurt vorgelegte Projektantrag auf Gewährung von Fördermitteln für das Projekt „Währungs- und Finanzstabilität (Monetary and Financial Stability)“ genehmigt. Im Rahmen dieses Projektes wurde das Institute for Monetary and Financial Stability – IMFS (Institut für Währungs- und Finanzstabilität) in Frankfurt gegründet. Ziel des Projektes ist die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet des Geld-, Währungs- und Finanzwesens im Rahmen wirtschaftswissenschaftlicher und juristischer Forschung. Die Projektförderung umfasst eine Fördersumme von jährlich bis zu 996.500,00 Euro für einen Förderzeitraum von zehn Jahren sowie eine einmalige Zuwendung für projektbedingte Startkosten in Höhe von 150.000,00 Euro.

Seit April 2006 ist Prof. Dr. Helmut Siekmann Inhaber der Stiftungsprofessur für Geld-, Währungs- und Notenbankrecht. Wichtige Forschungsschwerpunkte sind u.a. die Verfasstheit des Europäischen Systems der Zentralbanken, die Handlungsformen der EZB und deren juristische Systematisierung, die rechtswissenschaftliche Analyse der Schnittstellen von Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die rechtliche Würdigung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. In diesem Rahmen sind auch die Möglichkeiten, Grenzen und der Anpassungsbedarf der deutschen Finanzverfassung zu untersuchen.

Auf die Stiftungsprofessur für Finanzen und Ökonomie wurde im Oktober 2006 Prof. Dr. Roman Inderst berufen. Forschungsziel ist es, die ökonomischen Wirkungen von Finanzregulierung und -aufsicht auf die Märkte zu untersuchen. Von besonderer Bedeutung ist dieser Aspekt angesichts der ständig fortschreitenden europäischen Integration. Schließlich ist die Verbesserung des wissenschaftlichen Verständnisses der Stabilität von Finanzsystemen und von Finanzkrisen Ziel der Forschungstätigkeit.

Seit September 2007 ist Prof. Dr. Stefan Gerlach Inhaber der Stiftungsprofessur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere monetäre Ökonomie. Ziel ist es, durch spezifische Forschungsergebnisse den gesamtwirtschaftlichen Nutzen stabiler Preise im Bewusstsein der allgemeinen Öffentlichkeit wie auch der Fachöffentlichkeit zu bewahren. Dabei sind die unterschiedlichen stabilitätsorientierten Strategien der Geldpolitik bei Unsicherheit über wichtige makroökonomische Zusammenhänge zu analysieren und zu evaluieren.

Das IMFS wurde am 2. November 2007 feierlich eröffnet. Zum Geschäftsführenden Direktor des IMFS wurde zunächst Prof. Siekmann bestellt. Im August 2008 konnte das IMFS seine Räumlichkeiten in dem neu errichteten House of Finance beziehen. Am 03. Mai 2010 übernahm Prof. Gerlach die Nachfolge als geschäftsführender Direktor.

Das IMFS unterhält drei Veranstaltungsreihen: Working Lunches, Guest Lectures und Public Lectures.

Gemäß § 9 der Institutsordnung des IMFS bilden der Vorstand, der geschäftsführende Direktor und das Kuratorium die Organe des IMFS. Das Kuratorium besteht aus sechs Mitgliedern. Der Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung Geld und Währung und der Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung Geld und Währung sowie der Präsident der Universität Frankfurt sind Mitglieder qua Amtes. Der Präsident der Universität beruft zwei weitere Mitglieder und die Stiftung Geld und Währung beruft ein weiteres Mitglied in das Kuratorium des Instituts. Vom Stiftungsrat der Stiftung Geld und Währung wurde Herr Dr. Markus Kerber in das Kuratorium des IMFS berufen.

Die Stiftung wurde außerdem in das Stiftungskuratorium der Universität Frankfurt und das Kuratorium des House of Finance an der Universität Frankfurt berufen.

Die erste Evaluierung der Tätigkeit des IMFS erfolgte im Frühjahr 2010. Die Bewertung der drei Stiftungsprofessuren war sehr positiv. Weitere Einzelheiten zur Tätigkeit des IMFS enthalten die jeweiligen Jahresberichte des Instituts.

#### Graduiertenkollegs

Die Stiftung fördert zwei Graduiertenkollegs, die beide im Jahr 2009 ihre Arbeit aufgenommen haben. Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die Friedrich-Schiller-Universität Jena richteten gemeinsam das Graduiertenkolleg „Konstitutionelle Grundlagen globalisierter Finanzmärkte – Stabilität und Wandel“ ein. Das Graduiertenkolleg widmet sich zentralen Fragestellungen der Ausgestaltung der internationalen Finanzmärkte, insbesondere auch mit Blick auf die internationale Finanzmarktstabilität. Die Forschung im Graduiertenkolleg ist interdisziplinär orientiert und betrifft rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen.

Das Graduiertenkolleg/PhD-Programm „Law and Economics of Money and Finance“ an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main will mit seinem englischsprachigen Programm einen internationalen Teilnehmerkreis ansprechen und zugleich der internationalen Ausrichtung des Forschungsfeldes der globalen Kapitalmärkte Rechnung tragen. Deutsche Teilnehmer an diesem Programm erhalten so die Möglichkeit, sich in einem internationalen Umfeld in dem verbindlichen Kursprogramm neue rechtliche und ökonomische Fragestellungen im hochaktuellen Bereich von Law, Economics and Finance zu erarbeiten und mit anderen Doktoranden aus den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zusammenzuarbeiten.

Beide Graduiertenkollegs werden mit jeweils 1.500.000,00 Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren gefördert. Je Graduiertenkolleg werden 20 Promotionsstipendien im Bereich der Rechts- und der Wirtschaftswissenschaften vergeben.



### Stipendienprogramm

Im Herbst 2006 wurde das Promotionsstipendienprogramm „Geld und Währung“, ein Stipendienprogramm für Promovierende in den Fächern Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften auf dem Gebiet des Geld- und Wahrungswesens mit den Schwerpunkten „Monetäre Oonomie“, „Finanzmarktonomie“ sowie „Geld-, Währungs- und Notenbankrecht“, eröffnet. Insbesondere sollen Promotionsvorhaben gefördert werden, die einen Bezug zur Geldwertstabilität aufweisen, wie beispielsweise

- institutionelle Fragen des Notenbankwesens, Fragen des Geld- und Wahrungsrechts,
- die Wirkungsweise und Stabilität der Finanzmärkte, Finanzinstitute (bzw. Finanzsysteme), ihrer Instrumente und ihrer Beaufsichtigung sowie ihre rechtlichen Grundlagen,
- der nationale und internationale Zahlungs- und Wertpapierverkehr,
- die weltweite wirtschaftliche Vernetzung und regionale Wirtschaftsintegration,
- die internationale Krisenprevention und das Krisenmanagement,
- die Interdependenz von Geld- und Finanzpolitik sowie Lohnentwicklung und ihre Bedeutung für Stabilität und Wachstum.

Die Förderungsdauer beträgt zwei Jahre. Für dieses Projekt wurden Mittel in Höhe von 220.000,00 Euro p.a. zzgl. Verwaltungskosten bewilligt.

Bis zum 31.12.2010 wurden insgesamt 42 Anträge gestellt. Sechs Anträgen wurde stattgegeben, 34 Anträge wurden abgelehnt, 2 Anträge befanden sich noch im Genehmigungsverfahren.

Das Programm läuft zum 31.12.2011 aus.

**C. Vermögen**

Vermögensverwalter der Stiftung ist per Gesetz die Deutsche Bundesbank. Der Bericht über die Verwaltung des Vermögens der Stiftung im Jahr 2010 ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

**D. Einnahmen / Ausgaben**

**I. Einnahmen**

Erträge aus der Vermögensanlage (Einzelheiten siehe Vermögensverwaltung bzw. Jahresrechnung KPMG)	Euro 2.388.946,53
Mittelrückläufe früherer Jahre	<u>Euro 11.720,34</u>
Gesamt	Euro 2.400.666,87
Aus dem Vorjahr stammende Rücklagen (im Berichtsjahr aufgelöst und den Mitteln zugeführt)	
- für satzungsgemäße Leistungen	Euro 407.971,10
- freie Rücklage	<u>Euro 4.042.155,01</u>
Gesamt	Euro 4.450.126,11
<u>Einnahmen gesamt</u>	<u>Euro 6.850.792,98</u>

**II. Ausgaben**

**Ausgaben für die Stiftungsorgane, Ausschüsse und Beiräte (Titel 52601)**

Aufwandsentschädigungen Organmitglieder	<u>Euro 9.883,38</u>
---	----------------------

**Vermischte Ausgaben (Titel 53999)**

Mitgliedsbeitrag Bundesverband deutscher Stiftungen	Euro 1.500,00
Drucksachen	Euro 1.300,67
<u>Gesamt Titel 53999</u>	<u>Euro 2.800,67</u>

**Ausgaben für die Geschäftsbesorgung (Titel 54101)**

An das DSZ, Essen, für die Verwaltung der Stiftung für das Jahr 2010 entrichtet (inkl. MwSt.)	Euro 58.310,00
Reiseaufwendungen DSZ	Euro 1.439,70
Prüfungskosten KPMG 2009	Euro 6.092,80
<u>Gesamt Titel 54101</u>	<u>Euro 65.842,50</u>

**Ausgaben für die Verwaltung des Stiftungsvermögens (Titel 54102)**

Fremdgebühren	Euro <u>459,80</u>
---------------	--------------------

**Fachausgaben für Förderprojekte - Wissenschaftliche Kompetenzzentren (Titel 68501)**

Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Frankfurt am Main  
Professor Dr. R. Steinberg  
Senckenberganlage 31, 60054 Frankfurt

Institute for Monetary and Financial Stability IMFS Projekt-Nr. S126/10003/04, Beschluss 2004	Euro <u>1.000.000,00</u>
--	--------------------------

**Fachausgaben für Förderprojekte - Graduiertenkollegs (Titel 68502)**

Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Prof. Dr. Klaus Dicke  
Fürstengraben 1, 07743 Jena

und

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Prof. Dr. Wulf Diepenbrock  
Universitätsplatz 10, 06108 Halle

Laufende Ausgaben für das Graduiertenkolleg Projekt-Nr. S126/10050/08 und S126/10051/08 Beschluss 2008	Euro 295.000,00
--	-----------------

Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Prof. Werner Müller-Ersterl  
Senckenberganlage 31, 60325 Frankfurt am Main

Laufende Ausgaben für das Graduiertenkolleg Projekt-Nr. S126/10052/08, Beschluss 2008	Euro 140.000,00
--	-----------------

<u>Gesamt Titel 68502</u>	Euro <u>435.000,00</u>
---------------------------	------------------------



**Fachausgaben für Förderprojekte - Stipendienprogramm (Titel 68503)**

Studienstiftung des deutschen Volkes  
Ahrstr. 41, 53175 Bonn

Promotionsstipendienprogramm „Geld und Währung“  
Projekt-Nr. S126/10041/06, Beschluss 2006 Euro 31.002,00

Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt  
Graduate School of Economics, Finance and Management  
Prof. Dr. Michael Binder  
Grunenburgplatz 1, 60323 Frankfurt

Stipendium innerhalb des Ph.D. Programms in  
Economics an Frau Martina Jancokova, Rostock  
Projekt-Nr. S126/10060/09, Beschluss 2009 Euro 14.800,00

Gesamt Titel 68503 Euro 45.802,00

**Einzelprojekte (Titel 68504)**

Prof. Dr. Helmut Siekmann  
Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Institute for Monetary and Financial Stability  
Grunenburgplatz 1, 60629 Frankfurt am Main

Personal- und Sachkosten zur Erstellung eines  
„Rechtswissenschaftlichen Kommentars zu den Vorschriften  
über die Europäische Wahrungunion“  
Projekt-Nr. S126/10043/07, Beschluss 2007  
(Projektrucklage 2007) Euro 58.840,00

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf  
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Prof. Dr. Albrecht F. Michler und  
Prof. Dr. Heinz-Dieter Smeets  
Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf

Beihilfe zur Förderung des 43. Forschungsseminars Radein  
vom 14. bis 21.02.2010 mit dem Kernthema „Finanzmarktkrise:  
Darstellung, Analyse und Konsequenzen“  
Projekt-Nr. S126/10062/09, Beschluss 2009, (Projektrucklage 2009) Euro 6.000,00

ZEW Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH  
Dr. Michael Schröder  
L7, 1, 68161 Mannheim

Förderung des internationalen Summer-Workshops  
„Expectations and Expectation Formation in Financial Markets“  
vom 15. bis 17. Juni 2010 in Mannheim  
Projekt-Nr. S126/10063/09, Beschluss 2009, (Projektrucklage 2009) Euro 36.624,00

ZEW Zentrum für Europäische Wirtschaftsfragen GmbH  
Dr. Michael Schröder  
Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim

Förderung der internationalen Konferenz „3rd ZEW Conference  
on Financial Integration and Stability: Systemic Risk and Incentives“  
vom 23. bis 24.09.2010 in Mannheim  
Projekt-Nr. S126/10065/10, (Beschluss 2010) Euro 44.028,00

Ifo Institut für Wirtschaftsforschung  
an der Universität München  
Prof. Dr. Kai Carstensen  
Poschingerstr. 5, 81679 München

Forschungsprojekt „Transmission und Emission  
makroökonomischer Schocks durch das Bankensystem“  
Projekt-Nr. S126/10066/10, (Beschluss 2010) Euro 11.000,00

Dipl.-Jur. Marius Thye, B.A., LL.M.oec.  
Bucerius Law School  
Lehrstuhl für öffentliches Recht IV  
Jungiusstr. 6, 20355 Hamburg

Druckbeihilfe zur Veröffentlichung der Publikation  
„Die neue ‚Schuldenbremse‘ im Grundgesetz“  
Projekt-Nr. S126/10067/10, (Beschluss 2010) Euro 1.779,05

Humboldt-Universität zu Berlin  
Institut für Gesetzgebung und Verfassung  
Prof. Dr. Michael Kloepfer  
Unter den Linden 9-11, 10099 Berlin

Förderung der wissenschaftlichen Tagung zum Thema  
„Staatsbankrott als Rechtsfrage“ im Frühjahr 2011  
Projekt-Nr. S126/10068/10, (Beschluss 2010) Euro 8.650,00

Deutsche Gesellschaft für die  
Vereinten Nationen  
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.  
Dr. jur. Michael Lysander Fremuth  
Kurt-Schumacher-Str. 2, 53113 Bonn

Förderung der Tagung der "Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht"  
vom 30. März bis zum 2. April 2011 in Köln  
Projekt-Nr. S126/10071/10, (Beschluss 2010) Euro 5.000,00

Dr. Sylvia Radtke, Berlin

Förderung zur Veröffentlichung der Dissertation  
„Liquiditätshilfen im Eurosystem – Zentralbanken  
als Lender of Last Resort“  
Projekt-Nr. S126/10073/10, (Beschluss 2010) Euro 1.280,44

Gesamt Titel 68504 Euro 173.201,49

Somit ergaben sich im Berichtszeitraum Ausgaben in Höhe von insgesamt 1.732.989,84 Euro.

Eine Saldierung der Einnahmen (inklusive der Rücklagen) in Höhe von 6.850.792,98 Euro mit den Ausgaben in Höhe von 1.732.989,84 Euro ergab zum 31.12.2010 einen Überschuss in Höhe von 5.117.803,14 Euro.

### **III. Zuweisung in das Stiftungsvermögen**

Aus dem Überschuss der Einnahmen (inklusive der Rücklagen) des Jahres 2010 wurden 796.000,00 Euro dem Stiftungsvermögen zugewiesen.

Das Anfangsvermögen betrug bei Stiftungsgründung 51.129.188,12 Euro. Zum Zwecke der Substanzerhaltung wurden aus den Stiftungsmitteln jährliche Beträge dem Stiftungsvermögen zugeführt.

2003	2.292.255,53 Euro
2004	950.000,00 Euro
2005	600.000,00 Euro
2006	730.000,00 Euro
2007	800.000,00 Euro
2008	825.000,00 Euro
2009	823.000,00 Euro
2010	796.000,00 Euro
	-----
Gesamt	7.816.255,53 Euro

Am 31.12.2010 betrug das um die Vermögenszuweisungen erhöhte Anfangsvermögen 58.945.443,65 Euro. Es lag damit über dem von der Bundesbank ermittelten inflationsadjustierten Anfangsvermögen in Höhe von **57.840.000,00** Euro. Das zu Marktkursen bewertete Vermögen betrug demgegenüber 65.060.000,00 Euro.

### **IV. Zuweisung in die Rücklagen**

Aus dem verbleibenden Überschuss der Einnahmen (inklusive der Rücklagen) des Jahres 2010 wurden insgesamt 4.321.803,14 Euro den Rücklagen zugeführt. 496.925,56 Euro entfielen auf die Rücklagen für satzungsmäßige Leistungen und 3.824.877,58 Euro auf die freien Rücklagen.



**E. Rücklagen für satzungsmäßige Leistungen**

Auf Grund von Förderzusagen, die im Berichtsjahr 2010 nicht zur Auszahlung gelangten, wurden im Berichtsjahr insgesamt 496.925,56 Euro in die Rücklagen für satzungsmäßige Leistungen eingestellt. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Einzelprojekte

FU Berlin - Institut für Statistik und Ökonometrie  
FB Wirtschaftswissenschaft  
Boltzmannstr. 20, 14195 Berlin

Forschungsprojekt „Inflation und Relative Preisvariabilitat“  
35.000,00 Euro p.a. für einen Zeitraum von drei Jahren  
Projekt-Nr. S126/10032/06, (Beschluss 2006) Euro 64.347,10

Prof. Dr. Helmut Siekmann  
Johann Wolfgang Goethe-Universität - IMFS  
Grunenburgplatz 1, 60629 Frankfurt am Main

Personal- und Sachkosten zur Erstellung eines  
„Rechtswissenschaftlichen Kommentars zu den Vorschriften  
über die Europäische Wahrungunion“  
Projekt-Nr. S126/10043/07, (Beschluss 2007) Euro 236.160,00

Ifo Institut für Wirtschaftsforschung – Universität München  
Prof. Dr. Kai Carstensen  
Poschingerstr. 5, 81679 München

Forschungsprojekt „Transmission und Emission  
makroökonomischer Schocks durch das Bankensystem“  
Projekt-Nr. S126/10066/10, (Beschluss 2010) Euro 108.000,00

AEI Arbeitskreis Europäische Integration e.V.  
Prof. Dr. Ansgar Belke  
Ludwigkirchplatz 3-4, 10719 Berlin

Konferenz „Europe’s Post-Crisis Stability – an Interdisciplinary  
Approach – First German ECSA Young Researcher  
Conference“ im Februar 2011 in Berlin  
Projekt-Nr. S126/10064/10, (Beschluss 2010) Euro 10.000,00

Universität Leipzig  
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Prof. Dr. Gunter Schnabl  
Grimmaische Str. 12, 04109 Leipzig

Projekt „Monetary Overhangs, Financial Stability and  
Monetary Policy in a Low Interest Environment – An  
Overinvestment View“.

Projekt-Nr. S126/10069/10, (Beschluss 2010) Euro 73.359,84

Dr. jur. habil. Kai v. Lewinski, Berlin

Förderung zur Veröffentlichung der Habilitationsschrift  
„öffentlichrechtliche Insolvenz – Rechtliche Bewältigung  
finanzieller Krise der öffentlichen Hand“

Projekt-Nr. S126/10076/10, (Beschluss 2010) Euro 5.058,62

Projektrucklagen Gesamt Euro 496.925,56

Darüber hinaus wurden die folgenden Forderverpflichtungen eingegangen (Diese  
Ausgabenposten werden im Wirtschaftsplan gesondert ausgewiesen):

Wissenschaftlichen Kompetenzzentren

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Professor Dr. R. Steinberg  
Senckenberganlage 31, 60054 Frankfurt

Projekt „Währungs- und Finanzstabilität am  
Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS).  
Förderbetrag 996.500,00 Euro p.a. für einen Zeitraum  
von 10 Jahren zuzüglich einer einmaligen Zuwendung  
in Höhe von 150.000,00 Euro für projektbezogene Startkosten.

Projekt-Nr. S126/10003/04, (Beschluss 2004)

Offene Zusagen insgesamt 6.234.899,73 Euro

Geplante Ausgaben im Jahr 2011

Euro 1.000.000,00



Graduiertenkollegs

Zwei Graduiertenkollegs „Geld und Währung“  
an den Universitäten Halle/Jena bzw. Frankfurt am Main  
je 300.000,00 Euro p.a. mit einer Laufzeit von  
zunächst fünf Jahren, (Beschluss 2008)  
Offene Zusagen gesamt 2.295.000,00 Euro  
Geplante Ausgaben im Jahr 2011

Euro 743.400,00

Stipendienprogramm

Studienstiftung des deutschen Volkes  
Ahrstr. 41, 53175 Bonn

Promotionsstipendienprogramm „Geld und Währung“  
220.000,00 Euro p.a. mit einer Laufzeit von  
zunächst fünf Stipendiatenjahrgängen, (Beschluss 2006)  
Offene Zusagen gesamt 660.000,00 Euro  
Geplante Ausgaben im Jahr 2011

Euro 220.000,00

Essen, den 10.03.2011



(Dr. Markus Heuel)



(Ulrike Johanning-De Abrew)

**Stiftung Geld und Währung**

Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung für 2010

---

	2010 Euro	2009 Euro
<b>Einnahmen</b>		
Einnahmen (Zinsen/Dividenden)	2.388.946,53	2.407.344,79
Mittelrücklauf früherer Jahre	<u>11.720,34</u>	<u>3.309,29</u>
	2.400.666,87	2.410.654,08
 <b>Ausgaben</b>		
Ausgaben für Wissenschaftliches Kompetenzzentrum	1.000.000,00	1.123.850,27
Ausgaben für Graduiertenkollegs	435.000,00	220.000,00
Ausgaben für Stipendienprogramm	45.802,00	52.790,00
Ausgaben für Einzelprojekte	173.201,49	168.749,90
Ausgaben für Stiftungsverwaltung	78.526,55	72.904,65
Bankgebühren und ähnliche Ausgaben	<u>459,80</u>	<u>898,42</u>
	1.732.989,84	1.639.193,24
<b>Einnahmenüberschuss</b>	<u><u>667.677,03</u></u>	<u><u>771.460,84</u></u>

**Stiftung Geld und Währung**

Vermögensübersicht zum 31.12.2010

	2010 Euro	2009 Euro
<u>Anlageinstrumente</u>		
Wertpapiere (zu Marktwerten)		
davon Anleihen	56.176.858,70	55.864.663,00
Aktien	8.438.564,91	8.863.345,00
Kasse / Konto Vermögensverwaltung	113.737,39	164.528,00
Kasse / Konto Projektverwaltung	330.842,37	51.652,07
Stand am 31.12.	<u>65.060.003,37</u>	<u>64.944.188,07</u>
<u>Entwicklung des Gesamtvermögens</u>		
Stand am 01.01.	64.944.188,07	60.809.955,26
Einnahmenüberschuss	667.677,03	771.460,84
Wertverlust / -gewinn des Wertpapiervermögens	-551.861,73	3.362.771,97
Stand am 31.12.	<u>65.060.003,37</u>	<u>64.944.188,07</u>

## Stiftung Geld und Währung

### Übersicht Rücklagen / Zuführung zum Stiftungsvermögen 2010

	2010	2009
Einnahmenüberschuss	667.677,03	771.460,84
Auflösung Rücklagen Vorjahr	<u>4.450.126,11</u>	<u>4.501.665,27</u>
	5.117.803,14	5.273.126,11
Einstellung in die Projektrücklage	496.925,56	407.971,10
Einstellung in die freie Rücklage	3.824.877,58	4.042.155,01
Zuführung zum Stiftungsvermögen	<u>796.000,00</u>	<u>823.000,00</u>
	5.117.803,14	5.273.116,11